



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

85. Jahrgang. Omaha, Nebr., Freitag, den 28. November 1919 8 Seiten—No. 223

Unterhandlungen werden abgebrochen

Kohlengraber und Grubenbesitzer vermögen sich nicht zu einigen; die Regierung mag zu drastischen Mitteln greifen.

Bergwerksbetrieb wird wahrscheinlich eröffnet.

Washington, 28. Nov.—Es wird erwartet, daß die Regierung noch diese Woche drastische Maßnahmen ergreifen wird, um die Kohlenbergwerke des Landes in Betrieb zu setzen. Die Vertreter der Kohlenbergwerke und der Grubenleute haben ihre Verhandlungen gestern zu später Abendstunde abgebrochen, da sie sich auf eine neue Lohnskala nicht zu einigen vermochten. Und der Westen des Landes befindet sich in den Krallen eines Hungerwinters, der seinen Weg nach dem Osten nimmt.

Regierungsbeamte haben Konferenzen arrangiert; Präsident Wilsons Kabinett wird morgen eine spezielle Sitzung haben, in welcher die Kohlenfrage eingehend erörtert werden wird. Welche Haltung die Regierung der verwickelten Lage der Dinge gegenüber einnehmen wird, ist nicht bekannt. Es wird geltend gemacht, daß die Regierung die Verantwortung für die Kohlenfrage übernehmen soll; dieses aber ist nicht wahrscheinlich, denn man nimmt an, daß die Regierung ebenso große Schwierigkeiten haben würde, die Vergleute zu veranlassen, zur Arbeit zurückzukehren, wie die Privatgesellschaften. Auch dürfte General-Landesanwalt Palmer kaum instand sein, die Vergleute durch gesetzliche Maßnahmen zu zwingen, in großen Massen zur Arbeit zurückzukehren. Es heißt jedoch, daß Palmer im Besitz von Beweisen ist, auf Grund derer er gegen gewisse Streikführer kriminelle Anklagen erheben kann.

Der Präsident der Grubenleute, Lewis, sowie deren Sekretär Green, ergingen sich tadelnd über die Regierung; auch die Grubenbesitzer sind mit dem Verhalten derselben nicht zufrieden, weil sie erklärt hat, daß eine Erhöhung der Kohlenpreise nicht zurückstellend ist. „Die Eigentümer der Gruben“, sagte Lewis, „sind sich einig, die Kohlenpreise zu erhöhen, aber sie sind nicht bereit, die Gruben in Betrieb zu halten; es würde uns nichts nützen, unter diesen Umständen ein Abkommen zu treffen. Wir verlangen, daß alle Arbeiter in Arbeit gehalten werden. Die Regierung ist unüberwindlich; die Staaten können ihr gegebenes Wort nicht brechen. Das von Sekretär Wilson gegebene Versprechen, eine Lohnerhöhung von 31 Prozent zu gewähren, muß eingehalten werden. Meiner Ansicht nach haben die Grubenbesitzer Garfield und Staatsminister den größten Fehler der Geschichte der Ver. Staaten begangen. Blindlings folgten sie der demagogischen Theorie, dabei die Ansprüche der Grubenarbeiter vollständig außer acht lassend. Die Verantwortung für die entstandene Krise fällt auf jene Staatsmänner, welche sich der Regierungspolitik bedienen, einem großen Element der Bevölkerung keine Gelegenheit zu widerfahren zu lassen. Ich bin nicht gläubig, daß die Bevölkerung eine derartige Politik billigt.“

Die Vertreter der Grubenbesitzer erklären, daß sie vorläufig nichts unternehmen werden, sondern Maßnahmen der Regierung abwarten wollen. In einem Brief an Garfield sagte Präsident Brewster, daß die Grubenbesitzer willens wären, den Vorschlag Garfields anzunehmen, falls dessen hinzu, daß die Bergwerksbesitzer keinen Profit erzielen können und sich gequungen sehen würden, nur einen Teil der Bergwerksbetrieb zu halten.

Bergwerksbetrieb wird eröffnet werden.

Washington, 28. Nov.—Grubenbesitzer haben heute versprochen, den Betrieb der Bergwerke zu eröffnen, als genügend Truppen nach den Kohlenfeldern geschickt würden. Es wird behauptet, daß dem Kaufleute Vergleute die Arbeit wieder aufnehmen würden. Grubenbesitzer, die heute in Washington verblieben, erklärten, daß sie versuchen würden, den Betrieb der Bergwerke aufzunehmen.

Regierungsbeamte erklären, daß genügend Truppen aufgeboden werden können.

Es heißt, daß 150,000 Vergleute der Streikforderung am 1. November nicht Folge geleistet haben und daß sie ungefähr 40 Prozent unter der normalen Produktion fördern. Ein beträchtlicher Kohlenvorrat, der für den Export bestimmt war, ist noch vorhanden. Diese Kohle aber befindet sich in Wagen verpackt an der ostlichen Küste. Die getrigte Konferenz zwischen Vertretern der Kohlengraber und Bergwerksbesitzer kam zum Abschluß, nachdem die Grubenleute erklärt hatten, daß sie sich mit einem Lohnzuschlag von 14 Prozent nicht zufrieden geben könnten. Die Vergleute lehnten auch den Vorschlag ab, daß die ganze Angelegenheit einem Schiedsgericht übertragen werden soll. Die Grubenleute machten dann den Vorschlag, daß auf Grund des von Sekretär Wilson unterbreiteten Planes einer 31prozentigen Lohnzulage die Verhandlungen fortgesetzt werden sollten. Diesen Vorschlag lehnten jedoch die Grubenbesitzer.

Freiwillige melden sich.

Topeka, Kas., 28. Nov.—Dem Gouverneur Allen's an Freiwillige, um in den Kohlenbergwerken des südlichen Kansas zu arbeiten, haben heute 700 Mann Folge geleistet. Der Gouverneur hat erklärt, daß der Staat für den Schutz der freiwilligen Arbeiter sorgen werde. Auch haben 350 Frauen der Indianerschule zu Lawrence ihre Dienste als Kohlengraber angeboten, desgleichen die Fußballspieler der Kansas Universität und 1500 Studenten der Staatsarbeiterhochschule.

Nehren zur Arbeit zurück.

Charleston, W. Va., 28. Nov.—Beamte der Anasch Coal Operators Association erklären, daß 60 Prozent der ausstehenden Vergleute heute zur Arbeit zurückkehren werden.

Eisenbahn-Konferenz ohne Resultat

Spezialkomitee wird über Lohnfrage verhandeln, Streikfrage in der Schwebe.

Cleveland, O., 28. Nov.—Die Konferenz der Verbandspräsidenten der vier Eisenbahn-Verbindungen verlagte sich heute, ohne die vom Eisenbahndirektor Hines vorgeschlagenen Lohnangebote werden angenommen noch abgelehnt zu haben. Eine speziell ernannte Kommission wird von dem Direktor Hines eingehendere Aufklärung zu erlangen suchen. Eine Anzahl der Delegierten vertrat die Ansicht, daß die neuen Vorschläge der Bahnverwaltung durch Annulierung der bestehenden Kontrakte für Überstunden in Wirklichkeit eine Herabsetzung der Löhne für die davon Betroffenen bedeute, und die Spezialkommission wird den Direktor Hines ermahnen, die tatsächlichen Lohnsätze unter den neuen Regularien zu spezifizieren. Hinsichtlich der Frage einer Feststellung des Lohnsatzes für alle Zweige des Bahnbetriebes wurde kein Beschluß gefaßt, der entweder einen Bruch oder eine Einigung andeuten könnte.

Deutsch-brasilianischer Handelsverkehr

Rio de Janeiro, 28. Nov.—Die brasilianische Regierung hat die wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland so bald wie möglich herbeizuführen. Der Minister des Auswärtigen Marques hat verschiedene Konferenzen mit dem holländischen Geschäftsträger abgehalten, da Holland die Zutrifflenden Deutschlands in Brasilien vertritt. Es wird bekannt gegeben, daß die Regierung der Einmischung deutscher Vorgesandter keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird; die Deutschen werden bei der Einmischung absolut keine Beschränkungen unterworfen sein. Eine Ausnahme machen solche Einmischer, die über alle als künftige Ausländer betrachtet werden. Man erwartet, daß der neue brasilianische Vertreter in Berlin innerhalb zwei Monaten ernannt werden wird.

Union-baltischer Staaten geschaffen

London, 28. Nov.—Meldungen, laut denen sich eine Union baltischer Staaten gebildet hat, werden durch den finnlandschwedischen Auslandsminister bestätigt, wie eine auf Velsingfors veröffentlichte Kopienkopie der Depesche an die „Central News“ meldet. Wie mitgeteilt wird, waren Vertreter der Ukraine, Polens und Finnlands bei den Verhandlungen zugegen, haben aber an den Erörterungen keinen Anteil genommen. Der Auslandsminister soll die Möglichkeit einer Aufnahme anderer Staaten angedeutet haben. Der neue estnische Ministerpräsident Tomblin hat bei der Darlegung seines politischen Programms erklärt, Estland werde seine Bemühungen, Frieden zu erlangen, fortsetzen, falls die Alliierten, nach deren Politik sich die Esten richten wollen, nichts dagegen hätten.

Regierung Nordwest-Russlands aufgelöst

London, 28. Nov.—Die sogenannte nordwestliche russische Regierung, die von der Armee des Generals Judenitsch gegen die Bolschewiki unterstützt wurde, wird, wie eine Depesche aus Velsingfors meldet, abgebaut. General Judenitschs Armee, die von den Bolschewiki an der Front südwestlich von Petrograd besetzt wurde, ist von den Engländern entmachtet worden. Aus dieser Nachricht läßt sich schließen, daß alle Angriffe gegen Petrograd jetzt zu Ende gekommen sind. General Judenitschs Truppen befinden sich zu einer Zeit, wie gemeldet wurde, 15 Meilen von der Stadt, wurden aber zurückgetrieben, als die Bolschewiki Vorstöße erhalten hatten. Die britischen Kriegsschiffe, die die Befestigungen der Bolschewiki am Golf von Finnland zur Unterstützung der Landoperationen bombardierten, mußten sich zurückziehen, da der Golf vereiste. Die sogenannte nordwestliche russische Regierung ist jetzt ganzlich aufgelöst und hat augenscheinlich die Alliierten hinter sich, aber ihr Ansehen war von kurzer Dauer.

Kohlennot in Kansas City

Kansas City, Mo., 28. Nov.—Die hiesige Brennstoffmaterial Administration erließ gestern eine Verordnung, dergestalt keine Kohlen an Schulen, Theater und andere Vergnügungsorte verkauft werden dürfen. Gleichzeitig sind auch öffentliche Versammlungen verboten, um Kohlen zu sparen. Officegebäude dürfen nur von 9 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags geöffnet sein und die Geschäftsläden wurden erlitten, dieselben Stunden zu beobachten. Sämtliche Kirchen wurden aufgeschloßen, Gottesdienste nur Sonntag abgehalten, um den Kohlenverbrauch nach Kräften zu beschränken.

Italien's König wird Amerika besuchen

Rom, 28. Nov.—Wie hier verlautet, beabsichtigt König Viktor Emmanuel im Laufe des nächsten Sommers eine Besuchsreise nach Amerika zu machen. Gegenseitigen Plänen zufolge wird er sich zuerst nach den Vereinigten Staaten begeben, um hierauf seine Reise nach den südamerikanischen Republiken Brasilien, Uruguay, Argentinien, Chile und Peru fortzusetzen. Ministerpräsident Nitti wird den König begleiten.

Die „Erinnerungen“ von Alfred v. Tirpitz

Die Tägliche Omaha Tribune beginnt morgen, Samstag, mit der Veröffentlichung der „Erinnerungen“ von Alfred v. Tirpitz. Es ist dies das Originalwerk des früheren deutschen Marine-Sekretärs und nicht etwa eine mit Handgeflügel versehene Fälschung. Es ist kein von einem englischen Senor redigierter Nachdruck.

Das sensationelle Werk behandelt die deutsche Politik im Jahre 1914, die Schulfrage, die letzten Tage vor der Kriegserklärung, der Anteil der Flotte, die militärische Größung, Deutschlands Waffen gegen England, die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Frankreich, die innere Politik im Krieg, den Mangel einer obersten Leitung, die Schlacht vor dem Skagerrak, die letzte Phase und schließlich den Jahresrückblick. Ein eigenes Kapitel ist dem Unterseebootskrieg und seinen Ursachen gewidmet.

Jede Woche wird eine Fortsetzung des sensationellen Werkes erfolgen. Man bestelle heute noch die Tägliche Omaha Tribune und lasse sich die Gelegenheit nicht entgehen, die Ansicht über den Weltkrieg von einem U-Boote zu lesen, der einer der Hauptfiguren besaß.

Man mache seine Bestellung der Täglichen Omaha Tribune, indem man unter Office telephoniert (Zyler 340) oder schriftlich, oder sich an unsere Träger oder Agenten wendet.

Notruf des Staats-Kanzlers Dr. Kemner

Berlin, 28. Nov.—Der österreichische Staatskanzler, Dr. Karl Renner hat die österreichische Nationalversammlung aufgefordert, „das Gewissen der Nachbarstaaten Österreichs und der Welt zur Erkenntnis der entsetzlichen Lage der Bevölkerung Wiens aufzurufen.“

In seiner Schilberung der Notlage vor der Nationalversammlung sagte der Staatskanzler:

„In einer Stadt von zwei Millionen Einwohnern sitzen die breiten Massen der Arbeiterbevölkerung und auch der gesamte Mittelstand, Künstler, Gelehrte und Männer von Bildung, Hungernd und frierend in unerleuchteten und ungeheizten Räumen. Unter solchen Umständen weiß man nicht, ob es die zwei Millionen Einwohner der kommenden Schreckenswinter überleben werden.“

„In den Städten und Industrie-gegenen Steiermarks war es schon seit Tagen nicht möglich, Brot zu verteilen. Tirol und Salzburg haben nicht mehr genug Getreide, um Brot herzustellen. Die Kohlenversorgung hat überall im Lande gänzlich aufgehört. Täglich wächst die Zahl der Leichenbegängnisse. In den schnell sich mehrenden Kindergräbern sehen wir das Aussterben ganzer Gemeinden vor uns.“

Leut Meldung aus Wien sind dort folgende Nationen festgelegt: Täglich 100 Gramm Brot und Mehl, wöchentlich ein Kilogramm Fleisch und ein Pfund Kartoffeln. Zucker ist nicht zu haben. Von den 200 Baderfabriken in alten Österreich sind dem neuen nur vier verblieben.

Den Alliierten werden die bittersten Vorwürfe gemacht, daß sie die Vereinigung Österreichs mit Deutschland hintertreiben. Wäre diese Vereinigung erfolgt, dann hätte, glaubt man, Deutschland Hilfe geleistet. Selbst jetzt noch werden Anstrengungen gemacht, aus Deutschland geringem eigenen Vorrat Nahrung und Kohlen nach Österreich zu schicken.

Bulgarien muß \$445,000,000 zahlen

Paris, 28. Nov.—Gestern um 10 Uhr 40 ist der Friedensvertrag mit Bulgarien im Rathaus zu Neuilly unterzeichnet worden. Demselben gemäß muß Bulgarien alle während des Krieges aus anderen Ländern fortgeschleppten Kunstgegenstände zurückerstatten und eine Kriegsschadenszahlung von annähernd \$445,000,000 zahlen. Trazgen wird den Bulgaren genommen, desgleichen auch Strumitza; letzteres fällt an Serbien. Der Plan, Bulgarien einen Korridor durch Thrakien bis zum Adriatischen Meer zu geben, wird später von den Alliierten in Erwägung gezogen werden. Die Grenze zwischen Rumänien und Bulgarien ist wenig geändert. Allgemeine Dienstpflicht in Bulgarien ist durch den Vertrag abgeschafft worden. Das stehende Heer darf nicht mehr als 20,000 Mann betragen; die Gendarmenrie und Polizei darf sich nicht über 10,000 belaufen. Auch muß Bulgarien fast alle Munition und Waffen ausliefern, wie in dem Waffenstillstandsverträge vorgelesen wurde.

Große Feuersbrunst in Baltimore

Baltimore, 28. Nov.—Das verheerendste Feuer, das Baltimore seit dem großen Brande von 1904 heimgesucht, kam letzte Nacht kurz vor Mitternacht in der McCoy's Hall, einem Gebäude der John Hopkins Universität zum Ausbruch. Es breitete sich so schnell aus, daß innerhalb einer Stunde jedes Gebäude in dem Straßengebiet zwischen Howard, No. 6, Monument und Eutaw Straße zerstört oder beschädigt war. Ein heftiger Wind trug die Funken fort eine Meile weit auf die Dächer. In manchen Stellen wurden die Flammen glücklicherweise im Entstehen gelöscht. Der angerichtete Schaden übersteigt \$1,000,000.

Allgemeine Aussperrung in Madrid

Madrid, Spanien, 28. Nov.—Wie hier bekannt wird, beabsichtigen die hiesigen Arbeiter in der ersten Hälfte des Monats Dezember eine allgemeine Aussperrung ihrer Arbeiter in Szene zu setzen.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung — Schnee heute abend und Samstag. Etwas wärmer heute abend.

Ver. Staaten sollen Oesterreich helfen

Von dieser Ansicht geht Lloyd George aus; er beantwortet mehrere wichtige Fragen.

London, 28. Nov.—Premier Lloyd George mußte im Laufe eine Menge Fragen, die an ihn gerichtet worden waren, beantworten; die Fragen betrafen die wirtschaftliche und militärische Sachlage in Europa. Eine der wichtigsten Fragen, die gestellt wurde, betraf die herrschenden Verhältnisse und Zustände in Oesterreich. Die Frage wurde von Viscount Curzon gestellt, Mitglied von Vorterra. Er fragte, ob der hohe Rat in Paris die nötigen Schritte getan habe, um eine Besserung herbeizuführen. Der Premier erklärte, daß der hohe Rat beschlossen habe, daß nur eine umfangreiche Anordnung zur Befestigung eines internationalen Kredits hier die nötige Hilfe schaffen könne. Es sei sehr wichtig, daß die Ver. Staaten mit den nötigen Geldmitteln eingreifen. Eine dringende Note wurde zu diesem Zweck an die Regierung der Ver. Staaten gerichtet.

Beträgt, vor dazu berufen sei, die erste Versammlung und den Rat der Völkerliga einuberufen, angesichts der Tatsache, daß der Ver. Staaten Senat den Friedenspakt nicht unterzeichnete, sagte Lloyd George, daß Artikel 5 des Vertrags lautet: „Das Präsident Wilson die Versammlung einberufen soll, doch könne er nicht verstehen, wie die Weigerung zu ratifizieren, den Friedensvertrag zu ratifizieren, mit dieser Sache etwas zu tun haben könne.“

Eine andere Frage wurde von James Gogge, ein fortgeschrittenen Sozialist, und „Some Aule“ Mitglied, gestellt. Er fragte, ob während der Friedenskonferenz Lloyd George dem Präsidenten Wilson zu verstehen gab, daß er sich begeben werde, die „irlandische Döme Aule Frage“ zur Erledigung zu bringen. Diese Frage brachte eine energische Verneinung.

Beide Anfragen, die gestellt wurden, mußte der Premier beantworten und darunter befand sich die Regelung der Volksabstimmungen in den verschiedenen Landesanteilen Deutschlands. In diesen Fragen seien die Ver. Staaten nur indirekt beteiligt, und es wäre nur notwendig, daß die anderen Mächte eine stärkere Beteiligung in den Kommissionen haben.

Italien's König besucht Amerika

Rom, 28. Nov.—Wie hier verlautet, beabsichtigt König Viktor Emmanuel im Laufe des nächsten Sommers eine Besuchsreise nach Amerika zu machen. Gegenseitigen Plänen zufolge wird er sich zuerst nach den Vereinigten Staaten begeben, um hierauf seine Reise nach den südamerikanischen Republiken Brasilien, Uruguay, Argentinien, Chile und Peru fortzusetzen. Ministerpräsident Nitti wird den König begleiten.

England verhandelt mit Bolschewiki

Kopenhagen, 28. Nov.—Marin Viningoff, der russische Botschafter in Kopenhagen mit Vertretern der Alliierten zusammengekommen ist, um angeblich über die Auslieferung von Gefangenen zu unterhandeln, hat Vorschläge unterbreitet, die dieses Feld weit überschreiten. Einer der ersten Vorschläge betraf die Anhebung der Blockade. Die Bolschewiki zeigen eine äußerst persönliche Haltung und sind augenscheinlich mehr als willig, in Friedensverhandlungen einzutreten. Während dies in London große Befriedigung hervorruft, ist der britische Vertreter inbrünstig worden, nur über solche Fragen zu verhandeln, welche Gefangene betreffen.

Italien bernimmt die Jugo-Slawen

Wien, 28. Nov.—Die italienische Regierung hat die Jugo-Slawen in Kenntnis gesetzt, daß Italien den Bestimmungen der Pariser Friedenskonferenz betreffs der diplomatischen Krone entsprechen und darauf sehen werde, daß d'Annunzio seinen Streifzug nach Spalato unternimmt.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung — Schnee heute abend und Samstag. Etwas wärmer heute abend.

Kriegsgefahr mit Mexiko wird größer

Dem Verlangen, Jenkins frei zu geben, wird nicht entsprochen; mexikanische Zeitung behauptet amerikanische Intervention.

Wilson wird mit Sachverhalt vertraut gemacht.

Washington, 27. Nov.—Mexiko hat die amerikanische Note bezüglich der Freilassung des Konsulens Jenkins mit einer diplomatischen Ablehnung der amerikanischen Forderung beantwortet. Die Note wurde gestern übergeben, aber der Text ist noch nicht bekannt gemacht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie im ganzen mit der geforderten durch den mexikanischen Konsul zu El Paso bekanntgegebenen Fassung übereinstimmt. Vom Staatsdepartement verlautet nichts über den Einbruch, den die Antwort Carranzas hervorgerufen hat, oder über die Absichten der Regierung mit Bezug auf die zukünftige Haltung in der mexikanischen Frage.

Die am 20. November von der amerikanischen Botschaft in Mexiko an den Unterstaatssekretär Medina überfahrene Note der Ver. Staaten hatte folgenden Wortlaut: An Hilario Medina, Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Stadt Mexiko. Sir: Bezugnehmend auf frühere Zuschriften in der Sache des Konsularagenten der Ver. Staaten zu Puebla, William D. Jenkins, habe ich die Ehre, Ihnen mitzutheilen, daß ich telegraphisch Zuschriften erhalten habe, den Sekretär des Auswärtigen von Mexiko zu benachrichtigen, daß die Regierung der Ver. Staaten mit Bezug auf die dem Herrn Jenkins durch seine Entführung (welche durch die Unfähigkeit der mexikanischen Regierung, ihm den schuldigen Schutz zu gewähren, verursacht wurde) erzwungenen Verluste und seine erlittenen Verletzungen durch die mexikanischen Behörden durch die Nachfrist überlassen und entrichtet sei, daß derselbe wieder verhaftet sei. Diese neue Verhaftung scheint meiner Regierung nach dem ihr vorliegenden Beweismaterial völlig unerschwerlich und eine willkürliche Ausübung der öffentlichen Gewalt.

Die Regierung beauftragt mich, hinzuzufügen, daß die andauernden Verhaftungen und daraus hervorbringenden Hindernissen des Herrn Jenkins nur eine sehr ernste Wirkung auf die Beziehungen der beiden Länder haben können, für welche die mexikanische Regierung alle Verantwortlichkeit trägt.

Daher bin ich beauftragt, die sofortige Freilassung des Herrn Jenkins zu verlangen. George L. Sumner, Charge d'Affaires.

Douglas, Ariz., 27. Nov.—Bezugnehmend auf die kürzlich veröffentlichte Neuherausgabe des amerikanischen Generalstabschefs March über die Anzahl der zur Besetzung und Verübung Mexikos nötigen Truppen, bemerkt die mexikanische Zeitung „El Tiempo“, hieraus ist der schmerzliche Wunsch im Geist der amerikanischen Regierung zu entnehmen, in Mexiko einzugreifen, und zu versuchen, daß in nicht zu ferne Zukunft diese schlummernden Wünsche zur Befriedigung führen werden.

Große Feuersbrunst in Baltimore

Baltimore, 28. Nov.—Das verheerendste Feuer, das Baltimore seit dem großen Brande von 1904 heimgesucht, kam letzte Nacht kurz vor Mitternacht in der McCoy's Hall, einem Gebäude der John Hopkins Universität zum Ausbruch. Es breitete sich so schnell aus, daß innerhalb einer Stunde jedes Gebäude in dem Straßengebiet zwischen Howard, No. 6, Monument und Eutaw Straße zerstört oder beschädigt war. Ein heftiger Wind trug die Funken fort eine Meile weit auf die Dächer. In manchen Stellen wurden die Flammen glücklicherweise im Entstehen gelöscht. Der angerichtete Schaden übersteigt \$1,000,000.

Allgemeine Aussperrung in Madrid

Madrid, Spanien, 28. Nov.—Wie hier bekannt wird, beabsichtigen die hiesigen Arbeiter in der ersten Hälfte des Monats Dezember eine allgemeine Aussperrung ihrer Arbeiter in Szene zu setzen.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung — Schnee heute abend und Samstag. Etwas wärmer heute abend.